

- 3 Mitbestimmung** Rechtslücken schließen
- 4 Parteien** Wer die Wagenknecht-Partei wählt
- 6 Kitas** Flucht in die Teilzeit
- 7 Industrie** Insourcing – Betriebsräte können mitgestalten

EUROPA

Demokratie braucht Gute Arbeit

Mitsprache im Job und gute Arbeitsbedingungen verbessern das demokratische Klima in der EU. Transformations Sorgen bedrohen es.

Arbeitsbedingungen haben europaweit Einfluss darauf, wie Erwerbspersonen zur Demokratie stehen. Laut einer Studie des WSI haben diejenigen, die unzufrieden mit ihren Arbeitsbedingungen sind, bei denen die Bezahlung nicht stimmt und die im Job wenig Mitsprachemöglichkeiten haben, überdurchschnittlich oft negative Einstellungen zur Demokratie in ihrem Land und zu Zugewanderten. Zudem fühlen sie sich stärker durch den Wandel von Wirtschaft und Arbeitswelt bedroht. Bessere Arbeitsbedingungen korrelieren hingegen mit positiven Einstellungen zur Demokratie und einem höheren Vertrauen in deren Institutionen sowie in die EU.

Für die Studie wurden im November und Dezember 2023 rund 15.000 Erwerbstätige und Arbeitssuchende in Deutschland, Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Polen, Spanien, Schweden und Ungarn online befragt. Die Befragung deckt die Erwerbspersonen in den jeweiligen Ländern in Hinblick auf Alter, Geschlecht und Bildung repräsentativ ab. Sie erlaubt jedoch keine detaillierte Vorhersage der Wahlergebnisse, da sie nicht auf einer Zufallsstichprobe basiert. Es lassen sich aber belastbare Zusammenhänge aufzeigen.

„Von der Studie gehen drei Botschaften aus: Erstens zeigt sie, dass schlechte Arbeitsbedingungen in allen untersuchten Ländern ein Nährboden für die Entstehung antidemokratischer Einstellungen sind, die dann von rechten Parteien mobilisiert werden können. Zweitens stärken gute Arbeitsbedingungen das Vertrauen in die EU und das selbst in den Ländern, in denen Parteien regieren oder bis vor kurzem regiert haben, die die EU ablehnen. Drittens stärken Transformations Sorgen extrem rechte Parteien. Progressi-

ve Kräfte in der EU sollten daher ein Interesse daran haben, Transformationsprozesse sozial gerecht zu gestalten“, fasst WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch die zentralen Ergebnisse der Studie zusammen, die sie gemeinsam mit WSI-Forscher Andreas Hövermann und Bart Meuleman von der KU Leuven durchgeführt hat.



Wie in anderen Befragungen zeichnet sich ab, dass Parteien der extremen Rechten bei der Europawahl beträchtlichen Zuspruch erhalten dürften. Gleichzeitig gelte aber auch, dass die Mehrheit der Erwerbspersonen weder vorhat, rechts zu wählen, noch in der Vergangenheit rechts gewählt hat. Überdurchschnittlich anfällig sind Männer, Erwerbspersonen mit niedrigen Schulabschlüssen und Menschen mit negativen Einstellungen gegenüber Zuwanderung.

Laut der Analyse hängt der Wahlerfolg der Rechten nicht direkt mit dem „Einstellungsklima“ zusammen. So sind zum Beispiel populistische oder muslimfeindliche Einstellungen in nahezu allen Ländern weit verbreitet, während der Zuspruch zu extrem rechten Parteien erheblich variiert. Hier scheine auch die Angebotsseite der Politik, zum Beispiel das jeweilige Parteienspektrum, eine wichtige Rolle zu spielen. In allen untersuchten Ländern wird das Prinzip der Demokratie von einer Mehrheit der Befragten als sehr wichtig erachtet, die Zufriedenheit mit dem konkreten Funktionieren ist schwächer ausgeprägt und unterscheidet sich stark von Land zu Land. In vielen Staaten neigen Befragte, die mit der Demokratie zufrieden sind, seltener Rechtsaußenparteien zu, der statistische Zusammenhang ist aber meist schwach. In Deutschland und Spanien ist er stärker ausgeprägt. > > >

Mitsprache schützt das politische Klima

Demokratische Teilhabe am Arbeitsplatz geht in europäischen Ländern* einher mit ...



*Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Polen, Schweden, Spanien, Ungarn; Quelle: WSI 2024

Hans Böckler
Stiftung

Hingegen wirkt sich in Ungarn, Polen und Italien, wo Rechtsparteien an der Regierung sind oder bis vor kurzem waren, Zufriedenheit mit der Demokratie positiv auf die Absicht aus, für eine extrem rechte Partei zu stimmen. Das mache deutlich, dass der Demokratiebegriff „von rechten oder totalitären Regimen erfolgreich instrumentalisiert werden kann“, so die Forschenden. Andererseits gehen „antielitäre“ populistische Ansichten in diesen Ländern nicht mit einer erhöhten Wahlpräferenz für rechtsextreme Parteien einher. In Ungarn wirken sie sich sogar negativ aus. Wenn die Rechte an der Macht ist, könne es also passieren, dass sich das Anti-Establishment-Element des Populismus und die Unzufriedenheit mit der Demokratie gegen sie selbst wenden, heißt es in der Studie.

Erwerbspersonen, die ihren Arbeitsalltag mitgestalten können und Mitspracherechte am Arbeitsplatz haben, sind in allen untersuchten Staaten zufriedener mit der Demokratie – auch wenn andere Faktoren wie das Bildungsniveau statistisch kontrolliert werden. In sieben Ländern hat Demokratie in diesem Fall auch einen höheren Stellenwert für die Befragten. In allen Ländern korreliert demokratische Teilhabe im Job mit einem höheren Vertrauen in die nationalen Institutionen und die EU sowie mit positiveren Einstellungen gegenüber Zuwanderung.

Sehr ähnlich sind europaweit die Effekte guter Arbeitsbedingungen auf die Zufriedenheit und Wertschätzung von Demokratie, auf das Vertrauen in nationale Institutionen und EU sowie auf die Einstellungen zu Zuwanderung: In den allermeisten betrachteten Ländern wirkt es sich positiv aus, wenn die Befragten die Möglichkeit haben, bei der Arbeit dazuzulernen, wenn sie auf Arbeitsorganisation und Arbeitstempo Einfluss nehmen können, wenn sie angemessen bezahlt werden, ihre Arbeitszeiten auch Raum für die Familie lassen und sie Anerkennung im Job verspüren. In Deutschland und Schweden machen Teilhabemöglichkeiten im Job die Befragten weniger anfällig für rechtsextreme Parteien, in Spanien hohe Arbeitszufriedenheit und in Schweden gute Arbeitsbedingungen. In den meis-

ten anderen Ländern ist dieser Effekt ebenfalls vorhanden, aber nur schwach ausgeprägt.

In Ungarn und Polen, und etwas weniger ausgeprägt in Italien, zeigt sich erneut ein gegenläufiger Trend. Gute Arbeitsbedingungen scheinen also systemstabilisierende Effekte zu haben – wie auch immer eine Regierung politisch gefärbt ist. Jedoch korrelieren auch in Polen, Ungarn und Italien demokratische Teilhabemöglichkeiten, gute Arbeitsbedingungen und Arbeitszufriedenheit mit einem höheren Vertrauen in die EU, was wiederum mit einer geringeren Wahlpräferenz für extrem rechte Parteien zusammenhängt. „Das bedeutet, dass gute Arbeitsbedingungen durchaus das Potenzial haben, Vertrauen in die EU zu stärken, auch in Ländern, die von rechten Regierungen regiert werden“, so Hövermann.

In Deutschland, den Niederlanden, Polen, Frankreich und Schweden haben Befragte, die befürchten, dass sich Digitalisierung oder Klimaschutz negativ auf die eigene Arbeit auswirken, eine signifikant höhere Wahlpräferenz für rechtsextreme Parteien. Solche Transformations Sorgen sind vor allem unter Befragten mit geringen Einkommen verbreitet. Die Besorgten sind in den allermeisten Ländern weniger zufrieden mit der Demokratie und haben ein geringeres Vertrauen in die Institutionen.

„Wie mit den Jobsorgen der Erwerbstätigen umgegangen wird, hat angesichts der enormen Transformationsherausforderungen somit auch Konsequenzen für die Einstellungen zur Demokratie. Berücksichtigt man die soziodemografische Verteilung dieser Sorgen, bekommt eine sozial gerechte und abgefederte Ausgestaltung der Transformation eine besondere Bedeutung“, resümiert WSI-Direktorin Kohlrausch. Gleichzeitig machten sich in einigen Ländern diejenigen weniger Sorgen um den Wandel in der Arbeitswelt, die eine größere Autonomie bei der Arbeit und generell bessere Arbeitsbedingungen angeben. Gute Arbeitsbedingungen und Mitsprachemöglichkeiten könnten dazu beitragen, Sorgen hinsichtlich der Transformation abzubauen. <

Rechtslücken schließen

Der Europäische Gerichtshof hat eine Entscheidung gefällt, die es künftig noch leichter macht, die Mitbestimmung auszuhebeln. Nun ist es am Gesetzgeber, Schlupflöcher zu schließen.

Ändert eine deutsche Kapitalgesellschaft mit Mitbestimmung im Aufsichtsrat ihre Rechtsform und wird zur Europäischen Aktiengesellschaft (SE), so bleibt die Mitbestimmung auf Unternehmensebene unverändert oder muss neu verhandelt werden. Eigentlich. Findige Beraterinnen und Berater haben jedoch Konstruktionen erdacht, mit denen sich diese Grundregel umgehen lässt. Etwa, indem zunächst eine SE ohne Beschäftigte – und daher ohne Mitbestimmung – gegründet wird, die dann auf verschlungenen Wegen an die Spitze eines Unternehmensgeflechts gehievt wird – mit der Folge, dass die Beschäftigten keine Mitbestimmungsmöglichkeiten auf Konzernebene haben. So geschehen 2013 beim Hamburger Kamera- und Medizintechnikhersteller Olympus. Der Konzernbetriebsrat hat geklagt, um wenigstens nachträgliche Verhandlungen über eine Mitbestimmung im Aufsichtsrat zu erreichen. Darüber muss das Bundesarbeitsgericht entscheiden, das wiederum den Europäischen Gerichtshof (EuGH) eingeschaltet hat. In einem sogenannten „Vorabentscheidungsersuchen“ haben die obersten deutschen Arbeitsrichterinnen und -richter sich an den EuGH gewandt, da dessen Auslegung für den Fall letztlich entscheidend ist. Das Urteil des höchsten EU-Gerichts: Nachverhandlungen sind auch dann nicht vorgesehen, wenn eine arbeitnehmerlose SE, bei deren Gründung Verhandlungen unterblieben sind, als herrschendes Unternehmen eines Konzerns mit vielen Beschäftigten eingesetzt wird.

Damit segne der EuGH „ein weiteres großes Schlupfloch zur Vermeidung der Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Aufsichtsrat ab und trägt zu deren Erosion bei“, kritisiert Sebastian Sick, Experte für Mitbestimmung und Unternehmensrecht am I.M.U. „Einen Teil des europäischen Sozialmodells gibt der EuGH preis, indem er Tür und Tor für die Umgehung der Mitbestimmung öffnet.“ Die Entscheidung unterstreiche, dass die SE ein Hauptproblem für die Zukunft der Mitbestimmung sei. Sie verhindere, dass Unternehmen in die Mitbestimmung hineinwachsen und ermögliche, sie auszuhebeln.

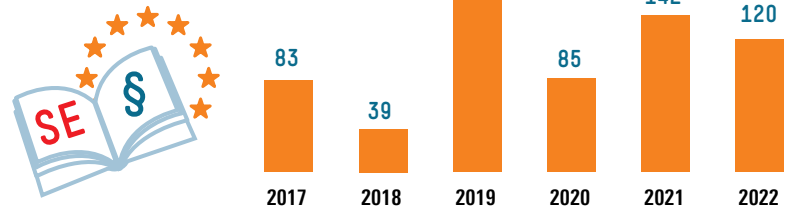
Der Spruch des Luxemburger Gerichts sei nicht überzeugend, sagt Sick. „Das Gesetz fordert eine Beteiligungsverhandlung zwischen Unternehmen und Arbeitnehmervertretung vor Gründung einer SE. Wenn eine solche Verhandlung nicht stattfinden kann, weil die SE arbeitnehmerlos gegründet wird, müssen solche Gründungsverhandlungen wenigstens dann nachgeholt werden, wenn die schlummernde SE zum Leben erweckt wird und als Konzernholding eingesetzt wird, die über Tochtergesellschaften mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern herrscht. Alles andere wäre eine Bankrotterklärung für den Schutz der Mitbestimmung in der

SE. Das widerspricht dem erklärten Ziel der SE-Richtlinie, gerade die Arbeitnehmermitbestimmung zu schützen. Das Prinzip der Sicherung des Status quo der Mitbestimmung in der SE wird ad absurdum geführt, wenn ein Nachholen der Beteiligungsverhandlungen bei Aktivierung einer arbeitnehmerlosen Gesellschaft ausgeschlossen bleibt.“

Wenigstens einen Lichtblick gibt es SICK zufolge in der Entscheidung: Der EuGH betont ausdrücklich die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, „geeignete Maßnahmen zu treffen, um zu verhindern, dass eine SE dazu missbraucht wird, Arbeitnehmern Beteiligungsrechte zu entziehen oder vorzuenthalten“. Er hebt hervor, dass der nationale Gesetzgeber bei der Festlegung geeigneter Maßnahmen einen Spielraum hat. „Diesen sollte er nun voll zum Schutz der Mitbestimmung ausschöpfen.“

Oft genutzte Rechtsform

So viele Europäische Aktiengesellschaften mit Sitz in Deutschland wurden gegründet ...



Quelle: Cross-border company mobility database, ETUI 2023

Hans Bockler
Stiftung

I.M.U.-Direktor Daniel Hay ergänzt: „Die Ampelkoalition muss nun ihre Ankündigung im Koalitionsvertrag wahr machen und die Umgehung der Mitbestimmung mittels SE eindämmen.“ Darüber hinaus bedürfe es genereller Mindeststandards der Mitbestimmung in Europa, so wie sie das Europaparlament bereits konkret eingefordert habe. „Jetzt erst recht“ sei eine europäische Rahmenrichtlinie mit solchen Standards in Europa erforderlich, damit nicht immer neue Kniffe der Beraterwelt zu immer neuen Umgehungsvarianten führen. Sonst sei zu befürchten, dass Mitbestimmung der Beschäftigten an der Konzernspitze zur Ausnahme werde. <



MEHR LESEN

Was Europa für Mitbestimmung und Nachhaltigkeit tun muss, hat das I.M.U. zusammengestellt. Eine „To-do“-Liste für die nächste EU-Kommission: www.mitbestimmung.de/assets/downloads/240515_Workers_Voice_Forderungen_A5.pdf

Wer die Wagenknecht-Partei wählt

Mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht steht eine neue Partei auf dem Wahlzettel. Kann sie den anderen Stimmen abnehmen? Und was zeichnet ihre potenziellen Wählerinnen und Wähler aus? Eine neue Analyse gibt Antworten.

Nach ihrem Austritt aus der Partei Die Linke hat Sahra Wagenknecht Anfang des Jahres eine neue Partei gegründet: das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Nach aktuellen Umfragen dürfte es nicht nur ins Europaparlament einziehen, sondern hat auch Chancen, bei den anstehenden Landtagswahlen in Ostdeutschland die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Doch wer sind die Menschen, die das BSW wählen wollen? Wie sieht ihr soziodemografisches Profil aus? Und mit welchen Parteien haben sie bisher sympathisiert? Dies zeigt eine Analyse von Helge Emmeler und Daniel Seikel vom WSI.

Die Wissenschaftler haben Daten aus der jüngsten Welle der WSI-Erwerbspersonenbefragung ausgewertet, die im November 2023 erhoben wurden und eine erste Analyse des Potenzials der neu gegründeten Partei erlauben. Das Ergebnis: Das BSW ist vor allem bei Erwerbstätigen und Arbeitssuchenden beliebt, die bei der Bundestagswahl 2021 der Linken und der AfD ihre Stimme gaben. Die zahlenmäßig größte Gruppe kommt gleichwohl von Erwerbspersonen, die bei der vorigen Bundestagswahl SPD gewählt haben. Das liegt aber vor allem daran, dass 2021 vergleichsweise viele Menschen der SPD ihre Stimme gaben, das Interesse am BSW ist in dieser Gruppe eher durchschnittlich. Generell weisen Personen mit geringem Einkommen, ohne finanzielle Rücklagen, mit großen Sorgen und Belastungen und geringem Vertrauen in Institutionen eine vergleichsweise hohe BSW-Wahlneigung auf. Zudem geben Ostdeutsche häufiger als Westdeutsche an, das BSW wählen zu wollen.

Die Forscher untersuchten zunächst, wie sich das BSW in der deutschen Parteienlandschaft verortet. Auf der Grundlage der bisher veröffentlichten Programme identifizieren sie fünf markante Positionen: eine wirtschafts- und sozialpolitische Programmatik, die sich links der Mitte verorten lässt, eine restriktive Position in der Migrationspolitik, eine integrationskritische Ausrichtung in der Europapolitik, die Ablehnung eines sogenannten „Öko-Aktivismus“ sowie die Ablehnung militärischer Lösungen und Sanktionen, verbunden mit der Forderung nach einer friedensorientierten Entspannungspolitik. „Das BSW versucht einerseits gesellschaftspolitisch konservative bis deutlich rechte Haltungen zu mobilisieren, während es andererseits denen politische Angebote macht, die sich mehr Verteilungsgerechtigkeit wünschen. Ob diese Strategie aufgeht, werden die kommenden Wahlen allerdings noch zeigen müssen“, sagt Bettina Kohlrausch, wissenschaftliche Direktorin des WSI.

Beliebt bei Wählenden von Die Linke und AfD

Das WSI hat im November 2023 rund 4000 Erwerbspersonen, also Erwerbstätige und Arbeitssuchende, ab 16 Jahren online befragt. Dabei wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch gefragt, ob sie sich allgemein vorstellen kön-

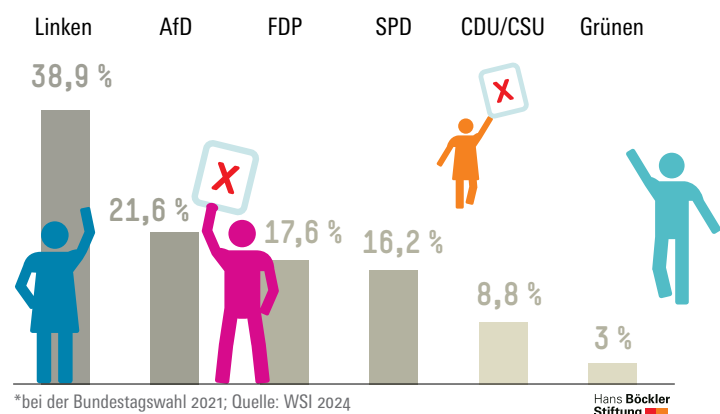
nen, die Sahra-Wagenknecht-Partei zu wählen. Die Frage bezog sich also nicht auf eine konkrete Wahl in diesem Jahr, zudem ist die Stichprobe nicht repräsentativ für die Wahlbevölkerung, weil beispielsweise Rentnerinnen und Rentner nicht erfasst sind. 4,6 Prozent der Befragten gaben an, dass sie die Partei auf jeden Fall wählen würden. Weitere 10,4 Prozent hielten es für wahrscheinlich. 24,5 Prozent würden das BSW wahrscheinlich nicht wählen, weitere 60,5 Prozent auf keinen Fall.

Interessant ist ein Blick auf die Wechselbereitschaft derjenigen, die bei der letzten Bundestagswahl 2021 andere Parteien gewählt haben: Von den damaligen Wählerinnen und Wählern der Linken gaben 38,9 Prozent und von denen der AfD 21,6 Prozent an, künftig auf jeden Fall oder wahrscheinlich für Wagenknechts Partei stimmen zu wollen. Wählerinnen und Wähler der SPD und der FDP wiesen in der WSI-Befragung eine leicht überdurchschnittliche, die der CDU/CSU eine deutlich unterdurchschnittliche BSW-Wahlneigung auf. Am niedrigsten war die Präferenz mit drei Prozent bei den Grünen.

Da die Wählerschaften der etablierten Parteien unterschiedlich groß sind, sagt dies noch nichts über das Gewicht der jeweiligen Gruppen insgesamt aus. So erhielt beispielsweise die SPD bei der letzten Bundestagswahl knapp 26 Prozent der Stimmen, die AfD etwas mehr als 10 Prozent. Berücksichtigt man dies, so zeigt sich, dass der größte Anteil der BSW-Sympathisantinnen und -Sympathisanten mit 26,6 Prozent bei der letzten Bundestagswahl SPD gewählt hat, gefolgt von der FDP mit 16,9 Prozent, der Linken mit 12,8 Prozent, der AfD mit 11,7 Prozent und der CDU mit 11,2 Prozent. Bezugspunkt für die Gewichtung waren wohlgeachtet nicht aktuelle Umfragen, sondern die tatsächlichen Entscheidungen bei der letzten Wahl.

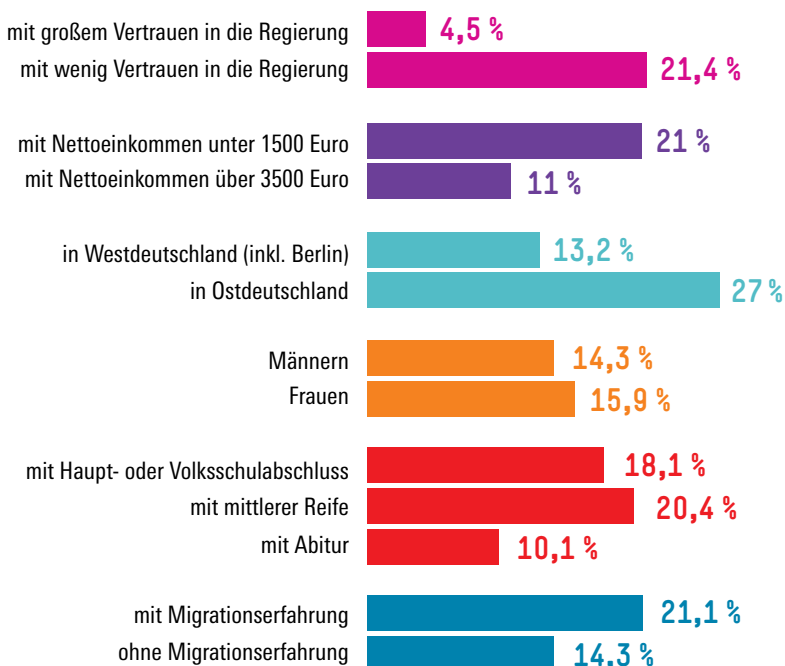
Wer Wagenknecht wählen will

Dass sie künftig auf jeden Fall oder wahrscheinlich das BSW wählen, sagten im November 2023 von den Wählerinnen und Wählern* der ...



Misstrauen und niedriges Einkommen nutzen dem BSW

Dass sie künftig auf jeden Fall oder wahrscheinlich das BSW wählen, sagten im November 2023 von den Wählerinnen und Wählern ...



Quelle: WSI 2024

Hans Bäckler
Stiftung

Profil: Misstrauen und wirtschaftliche Benachteiligung

Im nächsten Schritt wurde untersucht, welche besonderen soziodemografischen, ökonomischen und psychosozialen Merkmale die potenziellen Wählerinnen und Wähler des BSW aufweisen. Auffällig ist, dass Befragte aus Ostdeutschland, Personen ohne Abitur und Personen mit Migrationshintergrund besonders häufig vertreten waren. So konnten sich 27 Prozent der ostdeutschen Befragten vorstellen, die Partei von Sahra Wagenknecht zu wählen, aber nur 13 Prozent der westdeutschen. Ebenso hingen ein geringes Einkommen, fehlende finanzielle Rücklagen, hohe Belastungen und wirtschaftliche Sorgen sowie mangelndes Vertrauen in Institutionen – insbesondere in die öffentlich-rechtlichen Medien und die Bundesregierung – mit einer erhöhten Neigung für das BSW zusammen.

So gaben 21 Prozent der Befragten mit einem Netto-Haushaltseinkommen von unter 1500 Euro pro Monat an, die Partei sicher oder wahrscheinlich zu wählen. Bei den Befragten mit einem Einkommen von über 3500 Euro waren es nur 11 Prozent. Arbeiterinnen und Arbeiter äußerten häufiger die Absicht, das BSW wählen zu wollen. Für Befragte, die sich um den Klimawandel sorgen, war die neue Partei hingegen weniger interessant. „Es sind also vor allem ökonomisch schwächere Personen, die die wirtschaftliche Unsicherheit belastet und besorgt in die Zukunft schauen lässt und die – möglicherweise auch als Folge ihrer Sorgen und Belastungen – Institutionen misstrauisch beäugen, die sich dem BSW zuwenden könnten“, schreiben Emmeler und Seikel. Ein Unterschied zwischen Frauen und Männern ist dabei nicht erkennbar. Auch scheint das Alter keine entscheidende Rolle zu spielen.

Die WSI-Wissenschaftler haben außerdem analysiert, worin sich die Sympathisantinnen und Sympathisanten unterscheiden, je nachdem, ob sie zuvor AfD oder SPD gewählt haben. Die wechselbereiten SPD-Wählerinnen und -Wähler fühlen sich vor allem wirtschaftlich benachteiligt, kommen aus der Arbeiterschicht, berichten von großen wirtschaftlichen Sorgen oder haben sich von den öffentlich-rechtlichen Medien sowie der Bundesregierung entfremdet. Die SPD-Anhängerinnen und -Anhänger, die finanziell bessergestellt sind, weniger Ängste oder ein höheres Vertrauen in die Regierung haben, schließen dagegen eine Wahl des BSW häufig aus. Sie sind auch kulturell weniger konservativ eingestellt als diejenigen, die sich Wagenknecht zuwenden. „Diesen Befunden zufolge könnte das BSW bei zukünftigen Wahlen der SPD Teile ihrer Wählerschaft abspenstig machen, die eigentlich zur klassischen Klientel der SPD gehören“, so die Wissenschaftler.

Konkurrenz für AfD in Ostdeutschland

Vergleicht man die Sympathisantinnen und Sympathisanten von BSW und AfD, so zeigen sich tendenziell Gemeinsamkeiten im Hinblick auf Wohnort, Bildungsniveau, Einkommen, Belastungen und Sorgen sowie Vertrauen in Institutionen. Es gibt aber auch einige deutliche Unterschiede: Im Gegensatz zur AfD ist die potenzielle Wählerschaft

des BSW alters- und geschlechtsspezifisch ausgewogen zusammengesetzt. Das BSW scheint Frauen stärker anzusprechen als die AfD. Außerdem ist der Anteil der Befragten mit Migrationshintergrund höher. Hinzu kommt, dass die Personen, die das BSW bevorzugen, ökonomisch weiter links und gesellschaftspolitisch etwas liberaler eingestellt sind als diejenigen, die AfD wählen. „Unsere Befunde deuten darauf hin, dass das BSW der AfD gerade in ihren Hochburgen in Ostdeutschland Konkurrenz machen könnte und ihr hier vor allem die neu Hinzugekommenen und die Frauen in der Wählerschaft streitig machen könnte“, schreiben Emmeler und Seikel. Gerade diejenigen, die sich erst vor kurzem der AfD zugewandt haben, könnten nun zum BSW wechseln, vor allem in Ostdeutschland. So geben beispielsweise rund 60 Prozent der seit der Bundestagswahl 2021 neu hinzugekommenen ostdeutschen AfD-Anhängerinnen und -Anhänger an, das BSW auf jeden Fall oder wahrscheinlich wählen zu wollen.

„Die Gründung des Bündnisses Sahra Wagenknecht ist Teil der massiven Umwälzungen der Parteienlandschaften, die sich in den letzten Jahren überall in Europa vollzogen haben, nicht zuletzt auch in Deutschland“, konstatieren die Wissenschaftler. Die Ergebnisse bestätigten frühere Analysen des WSI, aber auch andere internationale Vergleichsstudien: Ein entscheidender Grund, warum sich Menschen von etablierten Parteien abwenden, sei wirtschaftliche Benachteiligung. „Irgendwann entfremden sich die Verliererinnen und Verlierer des Wirtschaftssystems von den etablierten Parteien und wenden sich Herausfordererparteien zu, die versprechen, ihre Situation endlich zu verbessern.“ <

Quelle: Daniel Seikel, Helge Emmeler: Wer wählt „Bündnis Sahra Wagenknecht“? Aktuelle Erkenntnisse über die BSW-Wahlbereitschaft, WSI Report Nr. 94, Juni 2024 [Link zur Studie](#)

Flucht in die Teilzeit

Kita-Beschäftigte arbeiten mehrheitlich in Teilzeit. Damit sich der Fachkräftemangel nicht noch weiter verschärft, sind attraktivere Arbeitsbedingungen nötig.

Die Kinderbetreuung liegt in Deutschland zunehmend in professionellen Händen: Angebot und Nachfrage in diesem Bereich sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen, 2022 haben sich knapp 842.000 Erzieherinnen und Erzieher in 60.000 Kitas um rund 3,8 Millionen Kinder gekümmert. Doch es gibt ein Problem: Die Personalknappheit, die den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz schon jetzt vielerorts unterminiert, dürfte in den kommenden Jahren weiter zunehmen, erklären Nina Weimann-Sandig und Bernhard Kalicki von der Evangelischen Hochschule Dresden. Die Soziologie-Professorin und der Professor für frühkindliche Bildung haben in einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie untersucht, inwieweit die Aufstockung von Teilzeit zur Problemlösung beitragen könnte. Die Ergebnisse sind ernüchternd: Das Potenzial sei bei den gegenwärtigen Arbeitsbedingungen gering, vielmehr könne sich der Trend zur Teilzeit noch verstärken. Christina Schildmann, Leiterin der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung erklärt: „Die Studienergebnisse zeigen, wie wenig Luft zum Atmen im System ist. Hier geht es ganz eindeutig nicht um eine Häufung individueller Arbeitszeitpräferenzen, sondern um eine strukturelle Überbelastung, die eine Stundenaufstockung für einen Großteil der in Teilzeit arbeitenden Erzieherinnen und Erzieher unvorstellbar macht.“

Weimann-Sandig und Kalicki haben für ihre Untersuchung mehr als 1200 Kita-Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Sachsen online befragt. Teilzeit ist unter ihnen weitverbreitet: Während die Leitungen zu einem Drittel in Teilzeit arbeiten, sind es bei den stellvertretenden Leitungen bereits 51 Prozent. Bei den Erstkräften, die für die Leitung einer Kita-Gruppe zuständig sind, beträgt die Teilzeitquote 61 Prozent, bei den Ergänzungskräften 77 Prozent.

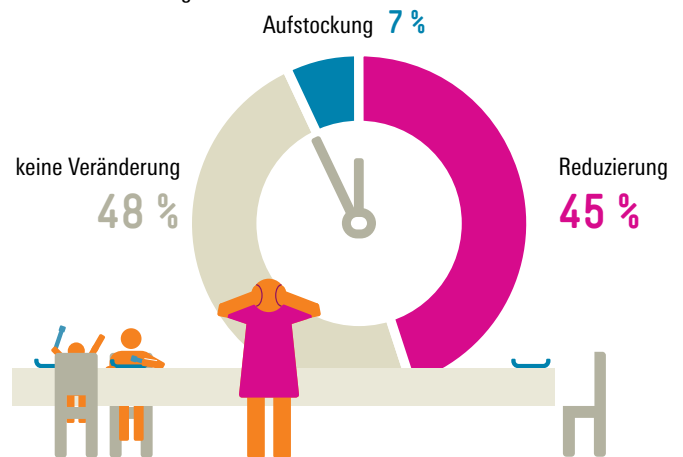
Nennenswerte Beschäftigungspotenziale durch Ausweitung der Arbeitszeit können die Forschenden nicht ausmachen: Bei 48 Prozent der Befragten entspricht die vertragliche Arbeitszeit exakt den Wünschen, 45 Prozent wünschen sich eine Reduzierung, nur 7 Prozent eine Aufstockung. Einen Vollzeitvertrag etwa möchten nur 3 Prozent der Teilzeitbeschäftigten. Dagegen würden 30 Prozent der Vollzeitbeschäftigten Teilzeit bevorzugen, 23 Prozent eine vollzeitnahe Beschäftigung mit 32 bis unter 38 Wochenstunden. Wesentliche Gründe, die für Teilzeit sprechen, sind aus Sicht der Kita-Beschäftigten vor allem die hohe Arbeitsbelastung, familiäre Betreuungspflichten, aber auch der Wunsch nach einer besseren Work-Life-Balance.

Die „berufliche Mobilität“ ist der Auswertung zufolge mäßig ausgeprägt, die Treue zum Beruf und zum angestammten Arbeitsplatz hoch: Ein Drittel der Befragten hat noch nie die Kita gewechselt, 53 Prozent ein- bis dreimal. Dass sie in Zukunft komplett aus dem Erwerbsleben aussteigen könnten, halten 75 Prozent der Befragten für ausge-

schlossen, einen Wechsel in ein ganz anderes Berufsfeld 54 Prozent. Stärker ausgeprägt ist die Wechselbereitschaft bei jüngeren Beschäftigten und bei denjenigen, die in sozialen Brennpunkten arbeiten. Dass sich die Mehrheit aber nicht vorstellen kann, den Beruf an den Nagel zu hängen, spreche grundsätzlich für eine hohe intrinsische Motivation, so die Forschenden.

Aufstockung kann Personalprobleme nicht lösen

Im Hinblick auf ihre Arbeitszeiten wünschen sich Kita-Beschäftigte* ...



* in Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen
Quelle: Weimann-Sandig, Kalicki 2024

Hans Böckler
Stiftung

Weimann-Sandig und Kalicki empfehlen unter anderem, die Entlohnung an die anderer pädagogischer Berufsgruppen wie etwa der Grundschullehrkräfte anzugleichen. Ein besonderer Personalschlüssel für Kitas in sozialen Brennpunkten könnte die dort tätigen Erzieherinnen und Erzieher entlasten, konsequente Freistellungen, Entlastung durch Sachbearbeitung oder Büroassistenten, eine eigene Entgeltgruppe und Funktionszulagen für Führungstätigkeiten dazu beitragen, Leitungspositionen attraktiver zu machen.

„Eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine gezielte Analyse der Arbeitsbelastungen und ein Programm zu deren Reduzierung könnten letztlich dazu führen, dass der Beruf wieder als erfüllend empfunden wird“, schreiben die Forschenden. Denkbar wäre aus ihrer Sicht, pädagogische Berufe generell als systemrelevant anzuerkennen und den Beschäftigten einen Vorrang bei der Vergabe von Betreuungsplätzen für eigene Kinder einzuräumen. Angesichts des hohen Frauenanteils unter den Kita-Beschäftigten müsse auch die partnerschaftliche Aufteilung von Betreuungsarbeit stärker in den Blick genommen werden. <

Quelle: Nina Weimann-Sandig, Bernhard Kalicki: Nur Teilzeit in der Kita? Arbeitszeitumfang und Beschäftigungspotenziale in der Kindertagesbetreuung, Working Paper der HBS-Forschungsförderung Nr. 331, Mai 2024 [Link zur Studie](#)

In sourcing: Betriebsräte können mitgestalten

In Zeiten angespannter Lieferketten ist das In sourcing zuvor ausgelagerter Leistungen für viele Industrieunternehmen ein Thema. Betriebsräte können hier eine wichtige Rolle spielen.

Die Coronakrise hat zu einem Umdenken in Unternehmen geführt: Um widerstandsfähiger zu sein, wenn globale, aber auch regionale Lieferketten durch Krisen und Kriege unter Druck geraten, holen sie zuvor ausgelagerte Teile der Produktion zurück. In der deutschen Industrie gibt es einen Trend zum In sourcing. So wird es zumindest oft behauptet, aber stimmt das? Dieser Frage sind Sandra Jaworeck von der Technischen Universität Chemnitz, Markus Hertwig von der Ruhr-Universität Bochum und Carsten Wirth von der Hochschule Darmstadt nachgegangen. Das Ergebnis: Teilweise haben Unternehmen ausgelagerte Bereiche tatsächlich zurück ins Unternehmen geholt – allerdings anders als häufig vermutet.

„Wir wussten aus der Forschung viel über Outsourcing“, erklärt Christina Schildmann, Leiterin der Forschungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung, „aber wir wussten fast nichts über In sourcing. Hier sind wir nun deutlich schlauer. So scheint zum Beispiel das ‚Reshoring‘ – also die Rückverlagerung von Produktionsschritten, die zuvor ins Ausland verlagert wurden – eher ein Mythos als ein belastbares Phänomen zu sein. Das ist überraschend angesichts der Diskussionen über resilientere Lieferketten, die schon während des Untersuchungszeitraums intensiv geführt wurden.“

Die Studie, die aus einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekt hervorgegangen ist, basiert auf einer Befragung von mehr als 1000 Vertreterinnen und Vertretern des Managements in Industrieunternehmen, die zwischen Mai und Oktober 2021 durchgeführt wurde. Im Mittelpunkt standen Fragen nach Formen, Praktiken und Motiven des In- und Outsourcings in den letzten drei Jahren, von denen zwei wesentlich durch die Corona-Pandemie geprägt waren. Ergänzend wurden Fallstudien in neun Unternehmen durchgeführt, in denen In sourcing stattgefunden hat. Hier wurden zumeist sowohl das Management als auch der Betriebsrat und die zuständige Gewerkschaft befragt.

Insgesamt haben 28 Prozent der befragten Unternehmen im Untersuchungszeitraum eine oder mehrere Leistungen eingegliedert, während 33 Prozent Leistungen ausgegliedert haben. In 13 Prozent der Unternehmen war beides der Fall. Die Wiedereingliederung fand am häufigsten in mittelgroßen Unternehmen mit 50 bis 199 Beschäftigten statt. Die Forscher vermuten, dass kleine und mittelständische Unternehmen besonders häufig von „Outsourcing Failures“ betroffen sind. Im Gegensatz zu Großunternehmen mangle es ihnen an Durchsetzungskraft gegenüber den Anbietern von Produkten und Dienstleistungen, sodass sich die mit dem Outsourcing verbundenen Erwartungen häufiger nicht erfüllen. Folglich würden Leistungen wieder eingegliedert.

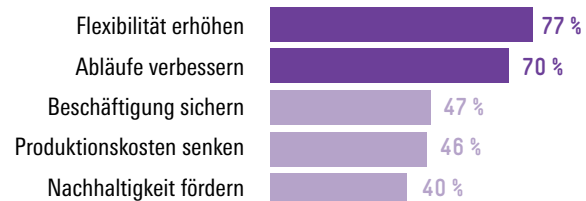
Rund 11 Prozent aller in die befragten Unternehmen rückverlagerten Leistungen waren „onsite“, also an externe Dienstleister auf dem eigenen Betriebsgelände ausgelagert, 31 Prozent in der Region und 32 Prozent außerhalb der Regi-

on, aber in Deutschland. Demgegenüber wurde nur ein Viertel der eingegliederten Leistungen zuvor aus dem Ausland bezogen. Das heißt: Einmal aus Deutschland abgewanderte Produktion wird relativ selten wieder zurückverlagert. Das Ergebnis ihrer Untersuchung widerspreche damit dem vorherrschenden Diskurs in der Forschung, die vor allem das In sourcing aus dem Ausland thematisiere, so Jaworeck, Hertwig und Wirth.

Das zentrale Motiv für In sourcing ist für die befragten Managerinnen und Manager die „Erhöhung der Flexibilität“, die rund 77 Prozent als wichtig oder sehr wichtig einstufen. Dahinter folgt mit 70 Prozent die „Verbesserung der Arbeits-

Wiedereingliederung soll Flexibilität bringen

In sourcing von Dienstleistungen oder Produktion soll ...



Befragung von mehr als 1000 Managern und Managerinnen in Industrieunternehmen; Quelle: Jaworeck u. a. 2024

Hans Böckler
Stiftung

abläufe“. Damit unterschieden sich die Hauptmotive für In sourcing kaum von denen, die andere Unternehmen beim Outsourcing nennen, erklären die Forschenden. „Beschäftigungssicherung“ spielt in 50 Prozent der Fälle eine wichtige oder sehr wichtige Rolle. Das „Erreichen von Nachhaltigkeitszielen“ wird von knapp 40 Prozent der Befragten als wichtiger oder sehr wichtiger Grund für die In sourcing-Entscheidung angesehen.

Die Begründungen des Managements seien häufig von einer „gewissen Beliebigkeit“ geprägt, erklären Jaworeck, Hertwig und Wirth. Mit guten Argumenten könnten Arbeitnehmersvertretungen Einfluss nehmen, auch gemeinsam mit Akteuren, die ähnliche Interessen haben. Betriebsratsmitglieder könnten durch eine geschickte Kombination von Mitbestimmungsrechten und Sachfragen den Wiedereingliederungsprozess beratend begleiten oder sogar initiieren. Die größten Erfolgsaussichten hätten sie, so die Studie, wenn es sich um standortnahe Tätigkeiten handelt, die erst kürzlich ausgelagert wurden und zum Kernbereich des Unternehmens gehören. Probleme in der Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern kurz nach dem Outsourcing könnten ein Ansatzpunkt für Gespräche und Initiativen sein. <

Quelle: Sandra Jaworeck, Markus Hertwig, Carsten Wirth: In sourcing im Verarbeitenden Gewerbe: Verbreitung, Motive und die Rolle der Digitalisierung, WSI-Mitteilungen 2/2024 [Link zur Studie](#)

IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin; Rainer Jung, Leiter Öffentlichkeitsarbeit der Hans-Böckler-Stiftung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann, Katja Wolf

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-230

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls. Sie können sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de.

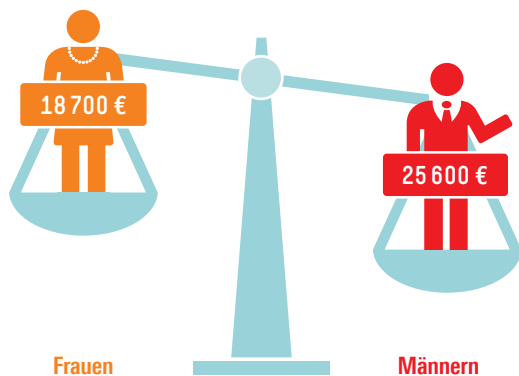
Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen: www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter: www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

GLEICHSTELLUNG

Große Rentenlücke

So hoch ist das durchschnittliche Bruttojahreseinkommen von über 65-jährigen ...



Quelle: Destatis, Mai 2024 [Link zur Studie](#)

GESUNDHEIT

Pausenlos gestresst

Von den Beschäftigten leiden unter ...

Beschwerde	Vergleich	
	bei häufigem Pausenausfall	ohne Pausenausfall
Rückenschmerzen	55 %	44 %
Schlafstörungen	46 %	30 %
Müdigkeit	64 %	50 %
Niedergeschlagenheit	32 %	21 %
körperlicher Erschöpfung	51 %	35 %

Quelle: BAuA, Mai 2024 [Link zur Studie](#)

ARBEITSMARKT

Gute Chancen für ukrainische Geflüchtete

Acht von zehn Jobcentern attestieren ukrainischen Geflüchteten mittelfristig positive Beschäftigungsperspektiven. Das geht aus einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Die befragten Fach- und Führungskräfte gehen allerdings davon aus, dass oft eine berufliche Neuorientierung nötig sein wird: 28 Prozent von ihnen sehen gute Chancen, dass Geflüchtete einen Job in dem Tätigkeitsfeld finden, in dem sie bereits in der Ukraine gearbeitet haben. Die Hälfte stimmt dieser Aussage nur zum Teil zu. <

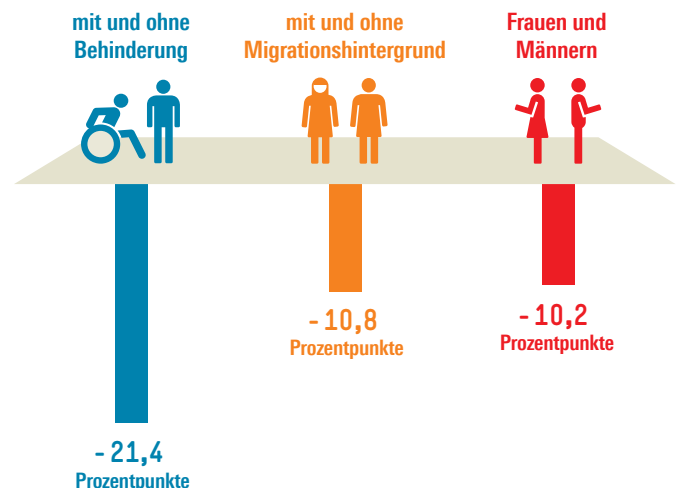


Quelle: DIW, Mai 2024 [Link zur Studie](#)

ARBEITSMARKT

Begrenzte Diversität

So groß ist in der EU der Abstand der Erwerbsquoten von Menschen ...



Quelle: Eurostat, Mai 2024 [Link zur Studie](#)